

Pressemitteilung

20. Oktober 2017

Ministerium für Kultus,
Jugend und Sport
Thouretstr. 6
70173 Stuttgart

Pressesprecher
Jan Pfeiffer

E-Mail
pressesprecher@lsbr.de
Telefon
+49 (0)172 7388 816

Note 5 für neue Oberstufe

Im Rahmen seiner Landespressekonferenz attestiert der LSBR der Landesregierung und dem Kultusministerium Fehler bei der Neukonzeption der gymnasialen Oberstufe. Ebenfalls nimmt das Beratungsgremium umfassend Stellung zur Qualitätssicherung im Bildungssystem.

Heute (20. Oktober 2017) stellte der Landesschülerbeirat Baden-Württemberg (LSBR) im Rahmen einer Landespressekonferenz seine Wünsche und Forderungen in Bezug auf das Bildungssystem für das Schuljahr 2017/18 vor. Neben der Digitalisierung und der Rolle des Ehrenamts innerhalb der Schule war unter anderem auch die Neukonzeption der gymnasialen Oberstufe Thema.

„Den hohen Erwartungen und Wünschen der Schülerschaft trägt diese geplante Oberstufe definitiv nicht Rechnung“, erklärte der Vorsitzende des Landesschülerbeirats Joachim Straub. „Unsere Forderungen nach mehr Allgemeinbildung, Qualität und Individualisierung wurden weit verfehlt.“ Gerade der Wegfall von Deutsch oder Mathematik als verpflichtende Leistungsfächer gehe laut LSBR zu Lasten der allgemeinen Studierfähigkeit der Schülerinnen und Schüler und gefährde die hohe Qualität des Abiturs. Auch die Tatsache, dass beide Fächer nicht mehr zwingend schriftlich abgeprüft werden müssen, lasse diese grundlegenden Ziele einer gymnasialen Oberstufe ebenfalls missen. Nach den Vorstellungen des Beratungsgremiums muss entweder Deutsch oder Mathematik auf erhöhtem Niveau verpflichtend für die Schülerinnen und Schüler sein. Ebenfalls sollen beide Fächer schriftlich im Abitur geprüft werden. Dies trage auch zu einer besseren Vergleichbarkeit der Schülerinnen und Schüler untereinander bei.

Nach Ansicht der offiziellen Vertretung aller 1,5 Millionen baden-württembergischen Schülerinnen und Schüler ist man auch das Thema Individualisierung falsch angegangen. „Anstatt den Schülern eine echte Vertiefung in alle Fächerrichtungen zu ermöglichen, hat man lediglich die bisherigen Vertiefungsmöglichkeiten weiter ausgebaut und gestärkt“, kritisiert der Vorsitzende. Wie bisher können die Schüler zwei Fremdsprachen und Naturwissenschaften auf erhöhtem Niveau wählen; allerdings weiterhin keine zwei Gesellschaftswissenschaften. Während die Naturwissenschaften ab dem Schuljahr 2019/20 sogar dreistündig unterrichtet werden, soll es in Gemeinschaftskunde und Erdkunde bei einer Wochenstunde bleiben. Damit sei die von Schülerseite lang erhoffte und geforderte Stärkung der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer erneut ausgeblieben. Laut LSBR werden Schülerinnen und Schüler mit Interessen und Begabungen außerhalb der

Fremdsprachen und Naturwissenschaften weiter benachteiligt. „Gerade in diesen politisch so unruhigen Zeiten muss diese ständige Diskriminierung der Gesellschaftswissenschaften aufhören und alle Fächer müssen endlich gleichgestellt werden!“, so Straub weiter.

Ebenfalls bedauert die Landesschülervertretung den nicht vorhandenen Beteiligungsprozess. Nach Aussagen ihres Vorsitzenden habe man zwar versucht, sich auf verschiedenen Ebenen einzubringen, sei aber nicht gehört worden. „Durch eine frühe Einbindung der Beratungsgremien hätten diese Fehler vermieden werden können“, ist sich Straub sicher.

Daneben thematisierten die Landesschülerbeiräte auch die schlechten Ergebnisse der vergangenen Vergleichsstudien sowie die Qualitätssicherung im Land. „Während die Schülerinnen und Schüler jahrelang mit stolz auf ihre Abschlüsse blicken konnten, muss man sich heute Fragen, was dieser überhaupt noch wert sind“, erläutert der stellvertretende Vorsitzende Florian Kieser. „Deshalb ist es unerlässlich, dass diesem Qualitätsverfall von Seiten des Kultusministeriums entschieden entgegengewirkt wird.“ Als Gegenmaßnahme setzt sich die baden-württembergische Landesschülervertretung deshalb für qualitativ besser ausgebildete Lehrer und mehr Strukturen im Unterricht ein. Zudem soll die Durchführung von Schülerfeedback in Zukunft verpflichtend für alle Lehrkräfte sein. „Schließlich sind es die Schülerinnen und Schüler, bei denen der Stoff am Ende ankommen soll. Deshalb sollte man auch gerade sie nach ihren Vorstellungen in Bezug auf den Unterricht und optimale Lernbedingungen befragen. Hiervon profitieren Lehrer und Schüler, aber in erster Linie die Unterrichtsentwicklung.“

Hintergrundinfo Landesschülerbeirat

Als offizielles Beratungsgremium des Kultusministeriums und demokratisch legitimierte Vertretung von 1,5 Millionen Schülern in Baden-Württemberg wird der Landesschülerbeirat in alle Entscheidungen der Bildungspolitik einbezogen. Verordnungen, Verwaltungsvorschriften und Gesetzesvorlagen werden im Gremium beraten und in Form einer Stellungnahme an das Kultusministerium und die Ministerin versandt.

Außerdem arbeitet der Landesschülerbeirat, an verschiedenen schülerbezogenen Themen wie Nachhaltigkeit, Schülerbeteiligung, Inklusion, Integration, Berufsorientierung, Medien, Musik und vielem mehr.

Als demokratisch legitimierte Vertretung der Schüler in Baden-Württemberg ist der Landesschülerbeirat kontinuierlich in Kontakt mit der Kultusministerin und Landtagsabgeordneten sowie anderen Akteuren der Bildungspolitik.